

Rezension: Dieter Haselbach/Armin Klein/Pius Knüsel/Stephan Opitz, Der Kulturinfarkt – Von allem zu viel und überall das gleiche. München: Knaus, 2012. 287 Seiten. ISBN 978-3-8135-0485-9

Noch bevor das Buch überhaupt erschienen war, schlugen schon die Wellen hoch. Ein vorab im SPIEGEL erschienener Artikel provozierte sofort den geballten Aufschrei der Kulturverbände. Üble Nestbeschmutzer wollten, so schien es den voreiligen Kritikern, der Kultur als solcher an den Kragen. Die Hälfte aller öffentlichen Kultureinrichtungen sollte, so die angebliche Kernthese der Autoren, geschlossen werden. Diese fühlten sich bemüßigt, sich mit einer Einstweiligen Verfügung dagegen zur Wehr zu setzen. Es ging hoch her in Deutschlands Kulturszene. Die Feuilletons und Kultursendungen hatten Stoff. Hat man das Buch erst einmal gelesen, fragt man sich, warum. Mehr noch: runde 270 Seiten lang ist man nie ganz sicher, welches Buch man gerade liest; und dies ist nicht dem Umstand geschuldet, daß vier, allesamt als Experten ausgewiesene Autoren es verantworten – auch wenn sich weitgehend ahnen läßt, wer welchen Teil entworfen hat.

Im Grunde ist das Buch nützlich, ja notwendig. Es zwingt dazu, überkommene Bahnen des Denkens über Kultur und Kulturförderung zu verlassen und sie gewissermaßen von einem archimedischen Punkt aus in Frage zu stellen. An manchen Stellen stößt man unverhofft auf gute Argumente und eindrucksvolle Belege, die die Grundthese der Autoren untermauern sollen, daß es so mit unserer Kulturförderung, namentlich mit der aus den Steuermitteln der Bürger nicht weitergehen kann. Das ist letztendlich auch gemeint: Es geht um einen Politik- und Förderinfarkt, nicht eigentlich um einen solchen der Kultur selbst.

Denn diese ist ja quicklebendig, vor allem dort, wo sie nicht gefördert wird, wo sie von engagierten Laien oder von Künstlern, die sich dabei selbst ausbeuten, erzeugt, reproduziert und bewahrt wird. Diese aus bürgerschaftlichem Engagement lebende Kultur braucht mehr Aufmerksamkeit, nicht unbedingt in Form von Förderung. Respekt und Anerkennung ihrer Gleichrangigkeit würden oft schon genügen. Das kennen wir aus anderen Feldern, auf denen „Ehrenamtliche“ und „Berufsmäßige“ mit- und gegeneinander antreten. Insoweit tragen die Autoren zur Aufdeckung eines Grundproblems unserer Gesellschaft bei. Solange Legitimität nicht an Engagement

und Leistung, sondern an Legalität und Staatsnähe geknüpft bleiben, wird dieses Dilemma nicht aufzulösen sein. Es ist höchste Zeit, darüber nachzudenken.

Trotzdem bleibt es rätselhaft, wie gerade dieses Buch den Verteidigern der Konventionen ein solches Wehgeschrei entlocken konnte. Diese fühlten sich, sei es aus der Rolle heraus, die sie nun einmal einnehmen, aus Loyalität oder Borniertheit empfindlich getroffen und jaulten auf. Sie bestätigten damit das Muster, das die Autoren kritisieren, erfüllten also, wenn man so will, genau die Erwartungen, die diese in sie gesetzt hatten.

Dennoch, um den notwendigen Diskurs voranzubringen, muß sehr viel mehr geschehen. Denn auf den Seiten des hier vorliegenden Bandes findet sich ohne erkennbare Systematik eine bunte Mixtur von ökonomischer Analyse, (erstaunlich konventioneller, die Grundaussagen gar nicht stützender) kulturwissenschaftlicher Theorie – wenn man sie denn so nennen will –, konkreten Vorschlägen und sattsam bekanntem, wohlfeilem Kulturgerede. Daß auch in manchen kulturellen Einrichtungen ein Umdenkungsprozeß eingesetzt hat, wird kaum thematisiert.

Das Buch kommt in der zur Zeit beliebten Form der Streitschrift daher. Es will „eine Polemik über Kulturpolitik, Kulturstaat, Kultursubvention“ sein, und den Anspruch der Polemik löst es gewiß ein, doch nicht mit der Stringenz, die dazu führen würde, daß es der Leser am Ende mit auf die Barrikaden nimmt. Für eine ernsthafte Auseinandersetzung bietet es andererseits nicht das notwendige argumentative Rüstzeug. Historische Zusammenhänge sind oft schief, das Zahlenmaterial erscheint selektiv ausgewählt, und kluges und weniger kluges ist scheinbar willkürlich miteinander vermengt. Auch sprachlich oszilliert der Text ständig zwischen einem „kulturchinesisch“ für Insider, einem sachlichen Stil und einem an manchen Stellen unerträglichen Alltags-Jargon hin und her. Und schließlich: es sind mehrere Bücher, die zusammengeschoben wurden und nicht recht zueinander passen. Das Manuskript hätte so das Lektorat nicht passieren dürfen.

Angesichts dieser Mängel fällt es schwer, die Aussagen der Autoren zu sortieren und zu gewichten. Die Forderung, die Hälfte der öffentlichen Kultureinrichtungen zu schließen, wird in der Tat nicht erhoben. Es wird lediglich gefragt – und dies ist in einer Streitschrift legitim – was man anderes tun könnte, wenn man durch eine

Schließung erhebliche Beträge einsparen würde. Die Vorschläge – und diese bilden den interessantesten Teil des Textes – zielen zum einen darauf ab, den aktiven Nutzer als Partner und Mitgestalter zu aktivieren. Dies entspricht dem Bild der Bürgergesellschaft, die den Obrigkeitsstaat ablösen sollte. Zum anderen plädieren die Autoren für Respekt vor dem Subsidiaritätsprinzip – mit allen Konsequenzen für eine Entstaatlichung der kulturellen Produktion und Reproduktion.

„Politik und die zuarbeitende Zivilgesellschaft haben verlernt, mit einem Bürger zu rechnen, der selbst rechnet.“ So wird der Schweizer Gewerkschaftsführer Beat Kappeler zitiert. Richtig! Auch in der Kultur gilt: Der Bürger ist das Subjekt, auch, wenn er Dinge tut oder Ansichten hat, die denen, die glauben, es besser zu wissen, nicht gefallen. Das ist überall schwer; in der Kultur ist es besonders schwer, ja schmerzhaft, denn hier vermischt sich nun einmal rationales und emotionales, zweckmäßiges und ästhetisches in besonderer Weise.

Daran hätten sich auch die Autoren halten sollen. Vier wohl strukturierte, in sich schlüssige Standpunkte mit neuen Argumenten böten uns besseren Stoff, um die Debatte zu führen – die ja schon lange schwelt. (Der Rezensent beteiligt sich daran schon seit 20 Jahren.) Und ein Text, der den Leser beflügelt, begeistert und am Schluß überzeugt, hätte, ob nun als Streitschrift oder nicht, weit über den Bereich der Kultur hinaus in die Debatte um die fällige Neuaufstellung unserer Gesellschaft eingreifen können. Hinter diesem Anspruch bleibt der Band zurück. Schade!

Autor Rupert Graf Strachwitz ist seit 1997 Direktor des Maecenata Instituts für Philanthropie und Zivilgesellschaft an der Humboldt Universität zu Berlin. Die rund 350 Publikationen des Politikwissenschaftlers befassen sich mit Stiftungswesen, Zivilgesellschaft, bürgerschaftlichem Engagement sowie Kulturpolitik.

Kontakt: rs@maecenata.eu